

4854/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Helmut Peter Smolle und PartnerInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend bürokratische Hindernisse bei Handelsbeziehungen Tschechien -
Österreich.

Toleranz, gelebtes Menschenrecht und europäische Partnerschaft sind die Zugänge zur Osterweiterung der EU, die dem Wirtschaftsstandort Österreich neue Märkte erschließen wird. Die Beitrittsverhandlungen Polens, Tschechiens, Ungarns und Sloweniens werden diesen Prozeß der gegenseitigen wirtschaftlichen Befruchtung beschleunigen, wenn es gelingt, die zeitlich dazwischen liegende Schengener Außengrenze bis zum definitiven Beitritt für diesen Austausch durchlässig zu halten. Mit dem zu erwartenden Vollbeitritt dieser Länder und dem dann folgenden Beitritt zum Schengener Raum und zur Währungsunion tritt Österreich endgültig aus seiner früheren Randlage heraus. Wir liegen in der Mitte unserer Märkte und haben alle Chancen, erfolgreich zu sein.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist Österreich nun gefordert, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, um rechtzeitig auf diese Herausforderung zu reagieren und diese als Chance zu nutzen. Selbstverständlich ist von seiten der Bundesregierung hier besondere Sensibilität gefordert, denn Störungen dieser Entwicklung können sich als sehr schädlich erweisen.

In letzter Zeit beklagen sich jedoch tschechische Firmen vermehrt über bürokratische Hindernisse, die die wirtschaftlichen Beziehungen zu österreichischen Firmen massiv beeinträchtigen.

Probleme entstehen dann, wenn tschechische Firmen Waren nach Österreich liefern, welche mit Montage - und spezialisierten regelmäßigen Serviceleistungen verbunden sind, die von den Lieferanten durchzuführen sind. Die für diese Tätigkeiten notwendigen Bewilligungen sind nur schwer zu bekommen. Unterschiedliche Informationen von seiten der österreichischen Botschaft, dem Arbeitsamt und Beamten an den Grenzen sind an der Tagesordnung. Außerdem werden Bewilligungen meist nur mit großen Verzögerungen erteilt.

Die Handelsverträge sind üblicherweise mit einer Klausel versehen, die den Lieferanten verpflichtet, die Service - oder Reparaturarbeiten binnen 24 Stunden durchzuführen. Obengenannte Verzögerungen machen dies für die tschechischen Firmen oft unmöglich. Der Verlust von Kunden ist die Folge. Die Konsequenz: finanzielle Verluste für beide Unternehmen.

Ähnlich ist die Problemlage für tschechische Firmen, die Service - oder Reparaturarbeiten zB. in Italien oder Kroatien durchführen wollen, Österreich also nur als Transitland benutzen, und mit ihren Geräten an der Durchreise gehindert werden.

Im Sinne der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien und anderen Reformstaaten stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage

1. Sind Ihnen die beschriebenen Schwierigkeiten tschechischer Firmen in Österreich bekannt? Wenn ja, welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um die Situation zu verbessern?
2. Welche Anforderungen müssen tschechische Firmen tatsächlich erfüllen, wenn deren Angestellte vertragsgemäß in Österreich Service - oder Montagearbeiten durchführen
3. Welche Anforderungen gelten im selben Bereich für andere Reformstaaten?
4. Welche Anforderungen müssen tschechische Firmen erfüllen, deren Mitarbeiter Österreich als Transitland benutzen, um vertragsgemäße Aufgaben zu erledigen?
5. Welche Anforderungen gelten in diesem Falle für andere Reformstaaten?
6. Wie sieht die Informationspolitik Österreichs in diesen Ländern in diesem Zusammenhang aus?
7. Tschechische Firmen beklagen große Schwierigkeiten, Informationen über die Bewilligungen zu erhalten, die für vertragsgemäße Arbeiten in Österreich notwendig sind. Es ist beinahe unmöglich, von verschiedenen Stellen einheitliche und klare Auskünfte zu bekommen. Welche konkreten Maßnahmen und innerhalb welchen Zeitraums werden Sie setzen um hier Verbesserungen zu bewirken?